

WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Wenn der Ausnahmezustand im Dauermodus abläuft

Was ist passiert? Ist ein Flugzeug abgestürzt, ein Zug entgleist, gab es eine Katastrophe oder haben wir nur mal wieder die alltägliche katastrophale Lage im Rettungsdienst, für den in dem noch jungen Jahr bereits mehr als 200-mal der Ausnahmezustand ausgerufen wurde – ein Signal der Überlastung, eine Folge jahrelanger Versäumnisse.

Oliver Mertens

zuständiges GLBV-Mitglied Feuerwehr



Es ist ein ganz normaler Tag in Berlin, doch die Rettungswagen (RTW) fahren kreuz und quer durch die Stadt, von Lichterfelde nach Tegel, von Tempelhof nach Staaken. Die Kollegen arbeiten im Akkord, Löschfahrzeuge werden geschlachtet, um weiter RTW zu besetzen, freiwillige Feuerwehren werden zur Wachbesetzung in Dienst gerufen, um den Grundschutz der Stadt sicherzustellen. Zeitweise ist kein RTW mehr verfügbar. Wenn es so weit kommt, kann kein einziges Fahrzeug mehr zur Eigensicherung der Kollegen in der Brandbekämpfung gestellt werden, keine für ein plötzlich eintretendes Ereignis zurückgehalten werden. Es gibt keine Rettungsmittel mehr für eine Ad-hoc-Lage, kein Notfall kann mehr beschickt werden.

Die vermeintliche Nachfrage und das Angebot im Notfallrettungsdienst sind deutlich in Dysbalance geraten. Wir weisen seit Jahrzehnten auf den Personalmangel und zunehmende Arbeitsverdichtung hin. Die Sparpolitik mit den Stellenstreichungen und Haushaltssperren zeigt nun ihre Wirkung. So haben sich die Einsatzzahlen von 1997 bis 2021 (209.655 – 492.226) auf satte 235% gesteigert, die Personalstärke im Einsatzdienst jedoch nur auf 128 % (3.442 – 4.420). Die Einsätze im Rettungsdienst dauern länger, denn die Qualität hat sich deutlich gesteigert, aber auch der Dokumentationszwang, wodurch ein RTW länger im Einsatz gebunden ist. Zu-

nehmend verlängern sich auch die Patientenübergabezeiten in den Krankenhäusern oder Patienten werden gleich abgelehnt, wenn die Rettungsstellen überfüllt sind. Für mehr Rechtssicherheit wurden Protokolle (SNAP/SOPs) eingeführt. Diese stecken einen engen Rahmen des Handels ab und beschränken den gesunden Menschenverstand und den Erfahrungsschatz massiv.

Die Folgen der Gesundheitsreformen wirken sich leider auch auf die Feuerwehr aus. Patienten werden zu früh aus den Krankenhäusern entlassen, Haus- und Facharzttermine sind zeitnah nicht zu bekommen und die Selbsthilfekompetenzen in unserer Gesellschaft haben nachgelassen. Dazu kommt der Irrglaube, dass man ja als Notfallpatient, wenn einen der Rettungsdienst in eine Notaufnahme bringt, schneller behandelt wird. Doch das ist falsch, dort findet ständig eine sogenannte Triage statt. Auch dort sind die Kapazitäten begrenzt und der abgetrennte Unterarm wird vor dem verstauchten Knöchel behandelt. Rettungsdiensteinsätze zu vermeintlichen Notfällen gab es schon immer und wir helfen gerne, doch ihre Zahl wächst überproportional und übersteigt die vorhandenen Kapazitäten. Jeder im Rettungsdienst kennt den Satz „Ich fahre dann mal mit meinem Auto hinterher“, wenn man gerade mit dem geprellten Arm zum RTW läuft. Der Notfallrettungsdienst ist kein Servicedienstleister für

Lebens- oder Sozialberatung, für Taxifahrten, zum Einkaufen, Pflasterkleben oder für Verlegungstransporte ... Die Kapazitäten dafür sind einfach nicht mehr vorhanden und gehen im schlimmsten Fall auf Kosten von Unfallopfern, Herzinfarkten, Schlaganfällen oder im Einsatzdienst verletzten Kolleginnen und Kollegen.

Angebot und Nachfrage im Notfallrettungsdienst müssen wieder in Einklang gebracht werden – zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen sowie zur Sicherstellung des gesetzlichen Auftrags, gerade auch in der Brandbekämpfung und bei der Technischen Hilfeleistung. Was man selten tut, muss man ständig trainieren, doch gerade in der Brandbekämpfung und Technischen Hilfeleistung gibt es kaum noch Fort- und Weiterbildungen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass selten 46.077 Einsätze im Jahr heißt. Klar ist jedem, dass wir nicht einfach mehr RTWs anschaffen können, um die Lage zu entspannen. Diese müssen erst gebaut, Personal erst einmal ausgebildet werden. Wir müssen uns schnellstmöglich wieder auf unser Kerngeschäft, unseren gesetzlichen Auftrag konzentrieren – Notfallrettung, Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung, Katastrophenschutz und Gefahrenprävention. Dafür brauchen wir schnellstmöglich einen runden Tisch mit allen Beteiligten, um das Rettungsdienstgesetz Berlin zu verändern und es solange in der aktuellen Notstandssituation auszusetzen. Die Menschen rufen die 112, wenn sie sich in einem Ausnahmezustand befinden, doch wir müssen mit der Notrufabfrage herausfinden dürfen, ob es ein akuter oder gefühlter Notfall ist und ob es Alternativen zur Hilfeleistung wie eine telefonische Anleitung zur Ersten Hilfe (Pflaster kleben, Wadenwickel etc.), die Weiterleitung an die KV, Krankentransporte, Taxi, Hausarzt gibt. Außerdem darf auch eine Priorisierung von Einsätzen mit örtlicher Clusterung kein Tabu mehr sein. Keine Feuerwehrfrau und kein Feuerwehrmann möchte erfahren, dass zwei Häuser weiter ein Kind reanimiert werden muss, wenn er gerade einen Hausbesuch bei den „Rückenschmerzen seit drei Wochen“ macht. Feuerwehrleute helfen gerne, sie handeln, gehen oft über ihre persönlichen Grenzen hinaus und klagen selten. Doch wenn sie nicht mehr aus den Stiefeln kommen und keine Zeit zur Regeneration mehr haben, fallen auch sie irgendwann einfach um. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Sommerpause ist vorbei und auch wenn es die Temperaturen und Sonnenstunden draußen nicht immer leicht machen, einen kühlen Kopf zu bewahren, erwarten wir genau das von Berlins Politik. Einen kühlen Kopf bei den angedachten Veränderungen der Pensionsgrenzen und Eurer Besoldung und Versorgung. Beides Sachen, die in den nächsten Monaten im parlamentarischen Raum an Struktur gewinnen werden. Ähnlich wie vermutlich die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu den rechtsextremen Anschlägen in Neukölln, mit dessen Vorsitzendem wir für diese Ausgabe gesprochen haben. Einen kühlen Kopf bewahrt übrigens auch unser Vorstandsmitglied Oliver Mertens stets, auch wenn der AZ Rettungsdienst ihm das Leben nicht immer leicht macht. Viel Spaß beim Lesen!

Benjamin Jendro, Landesredakteur

FÜR MITGLIEDER

Danke für jahrzehntelange Mitgliedschaft – Bezirksgruppe Dir 4 ehrt 118 Jubilare

Oliver Kurzke

Bezirksgruppenvorsitzender

Das Gerüst unserer Gewerkschaft bilden unsere Mitglieder. Auch wenn man sich nicht in den Vordergrund spielt, ist man ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer GdP. Dafür sind wir dankbar und ehren regelmäßig Kolleginnen und Kollegen, die uns über mehrere Dekaden treu geblieben sind. Gestern hieß es in unserer Bezirksgruppe Dir 4 nach zweijähriger Coronapause end-

lich mal wieder: Ehrung unserer Jubilare. In gemütlicher Atmosphäre bei leckerem Essen, stimmungsvoller Musik und ausgelassenen Gesprächen durfte ich als Bezirksgruppenvorsitzender in Schmöckwitz einen Teil der 118 tollen Menschen für ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft auszeichnen. Ein unterhaltsamer Abend, den ich und hoffentlich auch alle Jubilare in Erinnerung behalten. ■



DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen



DEINE GdP INFORMIERT

Wahlen in der Schwerbehindertenvertretung (SbV)

Wie auch der Personalrat werden die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen und ihre Stellvertretenden alle vier Jahre neu von Dir gewählt. Für genau diese ist es 2022 wieder so weit: Vom 1. Oktober bis zum 30. November können die Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Wir hoffen auf eine hohe Beteiligung. Ich als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen werde mich wieder zur Wahl stellen, um meine Arbeit für Dich erfolgreich fortzusetzen.

Oliver Kurzke

Bezirksgruppenvorsitzender und Schwerbehindertenvertreter Dir 4

Im Unterschied zum Personalrat handelt es sich hierbei um eine Personen- und keine Listenwahl. Die Wahlen werden durch den vorgegebenen Wahlzeitraum nahezu zeitgleich in allen Betrieben und Dienststellen, wo Schwerbehindertenvertretungen zu finden sind, durchgeführt. Neben dem Personalrat und der Frauenvertretung ist sie Teil der gesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigtenvertretungen.

Aufgaben der SbV

Die Vertrauensperson hat eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe, da sie Ansprechpartnerin für Kolleginnen und Kollegen mit den unterschiedlichsten (gesundheitlichen) Problemen ist. Diese wenden sich an die Schwerbehindertenvertretung und offenbaren in vertraulichen Gesprächen Inhalte, die selbstverständlich der Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Im Idealfall versuchen die mit speziellen Rechten ausgestatteten Schwerbehindertenvertretungen in Zusammenarbeit mit dem Personalrat und/oder der Frauenvertretung bestmöglich Deine Interessen zu vertreten. Hier geht es nicht selten um die Durchsetzung arbeitsplatzsichernder Maßnahmen, welche gegenüber dem Dienstherrn geltend

gemacht und deren Einhaltung überwacht werden müssen, wenn z. B. die volle Dienstfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Leider ist die gesetzliche Schutzwirkung nach dem 9. Sozialgesetzbuch (SGB IX) noch immer nicht so bekannt bzw. findet daher in vielen Fällen nicht die notwendige Beachtung. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit im Integrationsteam einer Dienststelle beim sogenannten Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM). Um dieses interessante (Ehren-)Amt, welches in der Hauptarbeit in der Regel mit einer Freistellung von dienstlichen Tätigkeiten verbunden ist, ausüben zu können, ist eine gewisse Fachkenntnis im Sozialrecht von Vorteil und manchmal auch erforderlich. Nicht selten werden die eigentlichen Probleme von vielen anderen Themen begleitet, z. B. Arbeitsschutz, Pflege-, Verwaltungs- und Tarifrecht.

SbV – Mit der GdP gut vernetzt

Die GdP bietet zur Stärkung der Vertrauenspersonen und ihrer Arbeit eine geeignete Plattform, da nicht nur Fortbildungen im Schwerbehindertenrecht über die AG Bildung angeboten werden, sondern auch ein gutes Netzwerk an Fachausschüssen und



Foto: GdP Berlin

Fachgruppen, hier z. B. der FA Menschen mit Behinderungen im Landesbezirk Berlin, existiert – ein ideales Netzwerk für den intensiven Austausch zu diversen Fachthemen zwischen Kolleginnen und Kollegen.

Wählbarkeit und Wahlberechtigung

Zur Wahl stellen kann sich grundsätzlich jede und jeder Beschäftigte einer Dienststelle, wenn sie/er dieser mindestens sechs Monate angehört und mindestens 18 Jahre alt ist. Die Vertrauensperson muss selbst nicht schwerbehindert sein. Man kann sich sowohl als Vertrauensperson als auch für den Einstieg erst mal als stellvertretende Vertrauensperson zur Wahl aufstellen lassen. In beiden Fällen sind sogenannte „Unterstützungsunterschriften“ von den Wahlberechtigten erforderlich, deren Umfang von der Zahl der Wahlbeschäftigten in den Dienststellen abhängt. Der Kreis der Wahlberechtigten beschränkt sich nicht nur auf Schwerbehinderte, die den Schwerbehinderten gleichgestellten Menschen sind ebenfalls zur Stimmabgabe berechtigt. Wenn du als GdP-Mitglied Interesse haben solltest, in diesem Bereich zu wirken, kannst Du Dich gern an Deine Schwerbehindertenvertretung oder den Vorstand Deiner Bezirksgruppe wenden, um nähere Informationen zu den anstehenden Wahlen zu erhalten. ■



Foto: Canald/PolitPictures

» Landeschef Stephan Weh Ende Juli via Berliner Zeitung

Es kann nicht sein, dass im Jahr 2022 derart viele Lichtzeichenanlagen gleichzeitig ausfallen, weil draußen mal 35 Grad Celsius sind. Bei immer stärkeren Klimaextremen sollte das Land Berlin endlich in Systeme investieren, die Hitze und Kälte standhalten (z. B. Kühlungsanlagen an den Ampeln). Unsere Kollegen sind natürlich im Rahmen der Gefahrenabwehr für die Menschen in dieser Stadt da, aber wir können nicht zeitgleich auf derart vielen regelungsbedürftigen Kreuzungen den Verkehr sichern. Man sollte auch nicht vergessen, dass unsere Kollegen Menschen sind, die jetzt stundenlang in brütender Hitze auf dem Asphalt stehen.

IM GESPRÄCH MIT FLORIAN DÖRSTELMANN (SPD)

„Unser Anspruch muss aber sein, als Untersuchungsausschuss einen eigenen Startpunkt zu setzen“

Seit 2016 sitzt Florian Dörstelmann im Abgeordnetenhaus, in welchem der Rechtsanwalt bereits 2010 ein einjähriges Intermezzo, damals auch als Mitglied im „HoWoGe“-Untersuchungsausschuss gab. Als Mitglied im Innen-, im Rechts- und im Verfassungsschutzsausschuss kümmert sich der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion um alle Angelegenheiten der Inneren Sicherheit in dieser Stadt. Darum geht es auch im Untersuchungsausschuss Neukölln, in welchem Dörstelmann als Vorsitzender für Aufklärung der rechtsextremen Anschlagsserie sorgen möchte. Wie das genau passieren soll, wie er an die Aufgabe herangeht und wie er die Personalie Kocak sieht, hat er uns im Interview erzählt.

DP: Lieber Herr Dörstelmann, vertrauen Sie der Berliner Polizei?

Dörstelmann: Ich vertraue der Berliner Polizei uneingeschränkt. Da habe ich ein Urvertrauen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass es für Juristen während der Ausbildung und aus der ganzen Tätigkeit heraus immer wieder deutlich wird, warum man diese Institution unverzichtbar braucht. Auch habe ich bisher im persönlichen Bereich ausschließlich positive Erfahrungen mit der Berliner Polizei gemacht.

DP: Wie ist dieses Urvertrauen mit Ihrer Arbeit als Abgeordneter und vor allem auch der Arbeit als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie vereinbar, in welchem es ja vor allem auch um mögliche Versäumnisse der Polizei gehen soll?

D: Ob es solche Versäumnisse gibt, wird ja gerade erst noch zu untersuchen sein. Es handelt sich zunächst um eine Annahme, die letztlich auch zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses geführt hat. Aber der Ausschuss untersucht ergebnisoffen. Wenn sich herausstellt, dass die Vorwürfe unbegründet sind, wird er das feststellen. Wenn sie begründet sind, wird der Ausschuss es ebenso feststellen und dem dann nachgehen und nach Möglichkeit Empfehlungen zur Verbesserung vorlegen.

DP: Sie sagen ergebnisoffen, aber was erhoffen Sie sich vom U-Ausschuss?

D: Ich würde das trennen und erst einmal fragen, mit welchem Anspruch der U-Ausschuss an die Arbeit geht. Mein Anspruch als Mitglied und Vorsitzender besteht darin, mit aufzuklären, ob es Versäumnisse und Lücken gibt. Die Frage einer möglichen Verantwortlichkeit rangiert dahinter und ist auch erst danach zu untersuchen. Aufzuklären, ob es Lücken gab, ist das Entscheidende. Und es ist wesentlich, um verlorengegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Mit Erwartungshaltungen oder der Hoffnung auf bestimmte Ergebnisse würde ich mich hingegen eher zurückhalten. Gleichwohl weiß ich, dass die Prämissen hier bei den einzelnen Fraktionen ganz unterschiedlich gesetzt sind. Das galt schon für die Einsetzung des Ausschusses. Es ist doch z. B. schon sehr interessant, dass Linke und AfD für diesen Ausschuss stimmten, während die FDP ihn für obsolet hielt und hält.

DP: In der letzten Legislaturperiode gab es bereits einen U-Ausschuss zum Anschlag auf dem Breitscheidplatz - Greif das AGH immer nur zu diesem Mittel, wenn man davon überzeugt ist, dass die Polizei schlecht arbeitet?

D: Na ja, der Amri-Untersuchungsausschuss, in dem ich ebenfalls stellvertretendes Mitglied war, ging vom Auftrag her ja doch deutlich weiter und ist aus meiner Sicht auch sonst nur teilweise vergleichbar. Letztlich hatte er u. a. die extrem schwierige Aufgabe, im Nachhinein festzustellen, ob irgendeine Prognose auf Amri als einen zukünftigen Täter eines Anschlags hingewiesen hat und ob Ermittlungs- und Observationsdefizite die spätere Ausführung begünstigt oder sogar erst ermöglicht haben. Das ist so ziemlich die schwierigste Situation und Fragestellung, vor der man stehen kann. Natürlich steht aber die Polizei und ihr Handeln als zentraler Teil der Sicherheitsstruktur generell unter ständiger Beobachtung. Es ist unsere Aufgabe, unsere Sicherheitsarchitektur stets zu optimieren. Deshalb sind auch solche Ausschüsse nicht einfach Zeichen für ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Polizei, sondern dort, wo erforderlich, Teil dieses dauernden Optimierungsprozesses.

DP: Wie läuft die Arbeit in so einem Untersuchungsausschuss ab, was unterscheidet die Arbeit zu einem normalen Ausschuss?

D: Der Untersuchungsausschuss unterscheidet sich in vielen Teilen von den anderen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, aber z. B. gar nicht so sehr von einer Hauptverhandlung vor Gericht. Die Anleihen bei der StPO kommen ja nicht von ungefähr. Hier braucht man nicht alles neu zu regeln, weil gerade die für den Untersuchungsausschuss kennzeichnende Beweiserhebung in der StPO hervorragend normiert ist. Wir haben die üblichen Beweismittel zur Verfügung und die Ladungsautorität. Wir werden natürlich sehen müssen, wie die einzelnen Zeugenbefragungen laufen und welche Erkenntnisse gewonnen werden können.

DP: Welche Bedeutung hat die interne Untersuchung der EG Lupe und die externe Überprüfung durch Frau Leichenring und Herrn Dr. Diemer für den U-Ausschuss?

D: Natürlich kennen wir die verschiedenen Berichte und mein Eindruck ist, dass hier sehr gut gearbeitet und sehr genau untersucht wurde. Unser Anspruch muss aber sein, als U-Ausschuss einen eigenen Startpunkt zu setzen. Die Berichte liegen allen vor und können (und sollen) natürlich nicht einfach aus dem Kopf verschwinden. Frau Leichenring und Herr Dr. Diemer haben z. B.



Foto: Canal/PictPictures

» Sprecher Benjamin Jendro Ende Juli via B.Z.

Es ist schade, dass es erst den dauerhaften Ausnahmezustand und einen faktischen Notstand geben muss, damit die Codes endlich verändert werden. Die Anpassungen ergeben absolut Sinn, weil wir hier über sehr viele Fälle reden, die bisher mit einem RTW beschildert wurden, ohne dass dieser wirklich gebraucht wird. Wir hoffen, dass die KV dann die dadurch deutlich steigende Anzahl an Weiterleitungen auch übernehmen kann und am Ende weniger RTW der Berliner Feuerwehr zum Papierschnitt und eingerissenen Fußnagel fahren.



aufgezeigt, dass es organisatorischen Optimierungsbedarf gibt, gerade was das Zusammenführen von Informationen angeht. Das gibt uns Struktur und wir werden dem natürlich nachgehen, auch wenn ihre sorgfältige Analyse nicht bindend für uns ist. Im Ergebnis ist jedoch klar, dass der Ausschuss gefordert ist, sich ein umfassendes, eigenes Bild zu machen.

DP: Sie sprachen das Thema Zeugenbefragungen an. Es werden ja sicher auch Kolleg. aus der Polizei geladen und dort ins Kreuzverhör genommen. Was glauben Sie, macht das mit Menschen, zum Beispiel einer 25-jährigen Sachbearbeiterin aus dem Staatschutz?

D: Ich kann Ihnen sagen, dass ich in meinem Leben selbst nur zweimal als Zeuge ausgesagt habe, das aber durchaus Eindruck bei mir hinterlassen hat, auch wenn ich da schon einige Jahre als Anwalt tätig war. Ich kann mir daher durchaus vorstellen, dass die Situation einer Vernehmung im Ausschuss ebenfalls Respekt einflößt und der eine oder die andere da etwas „mit Manschetten“ hingeht. Auf der anderen Seite kann keinem etwas passieren, wenn man zutreffend berichtet, sich an die Regeln hält und einfach erzählt, wie man die verfahrensgegenständlichen Tatsachen wahrgenommen hat.

DP: Glauben Sie, dass es wie im Amri-Ausschuss auch dazu kommt, dass Zeugen zu bestimmten Sachverhalten nichts sagen, weil es von der Behörde keine Genehmigung gibt?

D: Das kann natürlich passieren, weil nicht alle Interna nach draußen gehören. Mir fällt aber im Moment bei diesem Ausschuss ad hoc kein Punkt ein, bei dem so etwas zwingend zu erwarten ist.

DP: Könnte das passieren, wenn bestimmte Ausschussmitglieder zu einem Sachverhalt, von dem sie selbst betroffen sind, bestimmte Fragen stellen?

D: Das allein wäre eigentlich kein Grund, rein rechtlich betrachtet. Aber es ist klar, worauf

Sie hinauswollen. Da ergeben sich ganz andere Fragen. Was ist eigentlich insbesondere mit dem Zeugen Kocak selbst, den bzw. dessen Beteiligung am Ausschuss Sie hier ja ansprechen. Zu welchem Zeitpunkt bspw. wird er gehört, wie läuft seine Befragung ab, darf er bis dahin überhaupt im Ausschuss bereits dabei sein? Wir haben also schon eine besondere Situation, die es nach meiner Kenntnis bundesweit bisher so nicht gegeben hat. Mit Blick auf die Kolleg. der Polizei kann ich aber nur sagen, dass es auch meine Aufgabe als



Vorsitzender ist, für ein Klima zu sorgen, in dem jede und jeder frei sprechen kann. Zeugen sind als Zeugen geladen, nicht als Beschuldigte.

DP: Bleiben wir mal bei Herrn Kocak, wie bewerten Sie die Teilnahme von Herr Kocak, der als Geschädigter zugleich Ersatzmitglied im Ausschuss ist?

D: Die Konstellation wirft sicher Fragen auf, aber seine Fraktion hat nun einmal darauf bestanden, ihn in den Ausschuss zu entsenden und das ist ihr Recht. Im Vergleich zum Strafverfahren gibt es hier nun einmal eine prozessuale Lücke, denn der Untersuchungsausschuss kennt kein Pendant zur dortigen Nebenklage. Natürlich kann die Beteiligung von Herrn Kocak vor allem auch zu sehr emotionalen Situationen führen. Aber auch hier ist es meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir einen ordentlichen Ablauf finden und objektiv die Tatsachen untersuchen.

DP: Wie bewerten Sie, dass die AfD ebenso im Ausschuss sitzt?

D: Es ist vollkommen klar, dass ich diese Partei politisch und menschlich ablehne. Aber die rechtliche Situation ist ebenfalls klar: Wenn man sich für das Mittel des U-Ausschuss entscheidet, muss man mit allen Regularien und Vorgaben leben - und nach § 3 Abs. 3 S. 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Landes Berlin muss jede Fraktion mit einem Vertreter bzw. einer Vertreterin im Ausschuss repräsentiert sein.

Deshalb habe ich die Aufregung im Vorfeld der Konstituierung auch nicht verstanden. Jede Fraktion und alle Beteiligten wussten, wie die Spielregeln sind, wenn man diesen U-Ausschuss einsetzt.

DP: Kleiner Ausblick zum Abschluss: Ihr Abgeordnetenmandat reicht, sofern es keine Neuwahlen gibt, bis 2026. Haben wir dann Erkenntnisse, die wir jetzt nicht haben?

D: Das ist schon unser Anspruch. Durch das Selbstleseverfahren und die Möglichkeit des von der Polizei bereitgestellten Datenraums muss z. B. auch nicht jede Unterlage zeitraubend durch Verlesung in den Ausschuss eingebracht werden.

Dadurch beschleunigen wir das Verfahren enorm. In der Sache geht es auch nicht darum, die Szene dokumentarisch dauerhaft zu beleuchten, sondern in straffer Arbeitsweise ein belastbares Ergebnis anhand unseres Einsetzungsauftrags zu erarbeiten, um vor allem auch den Betroffenen dieser rechtsextremen Anschlagsserie klare Antworten auf ihre Fragen geben zu können. Dass dieses Ergebnis dann sicher unterschiedlich bewertet wird, ist vorhersehbar. Sollte aber zum Abschluss ein Optimierungs-, d. h. ggf. auch Gesetzgebungsbedarf festgestellt werden, brauchen die betroffenen Behörden und auch die Politik natürlich noch genügend Zeit, die notwendigen Schritte administrativ und gesetzgeberisch umzusetzen. Genau deshalb kann man den U-Ausschuss auch nicht etwa bis zum Sommer 2026 führen, sondern man muss deutlich früher ein Ergebnis, mit dem dann weitergearbeitet werden kann, vorlegen. Und das werden wir auch tun. ■



Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ■

DEINE GdP INFORMIERT

Nur der Name ändert sich – aus Bezirksgruppe LABO wurde BüO

Wie dem einen oder der anderen auf unserer Homepage sicher schon aufgefallen ist, hat unsere frühere Bezirksgruppe einen neuen Namen erhalten. Warum das so ist und was genau sich damit für Dich ändert, möchte ich Dir mit diesem Text mal etwas näherbringen.

Manuela Kamprath

Bezirksgruppenvorsitzende BüO (früher LABO)

Die Zusatzbestimmungen des Landesbezirks Berlin zur Satzung der GdP regeln im § 3 den Aufbau unseres Landesbezirks. Er gliedert sich in zwölf Bezirksgruppen. Der Grundsatz ist, dass sich die Bezirksgruppen am Aufbau der (Polizei-)Behörde orientieren sollen. Hintergrund ist, dass möglichst jede Bezirksgruppe sich in nur einem örtlichen Personalrat engagieren soll und nur eine behördliche Führungsperson hat. Diesem Grundsatz konnte unsere Bezirksgruppe LABO schon lange nicht mehr entsprechen. Denn sie ist ein Kind mit vielen Namen.

Wie kam es dazu?

Das Bundesverfassungsgericht hat 1983 Entscheidungen zum informellen Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen über die Speicherung der eigenen Daten gefällt. Als Folge davon wurde die Abteilung Ordnungsaufgaben zum 1. April 1986 von der Polizei abgetrennt und sie wurde das Landeseinwohneramt – kurz LEA. Aus unserer Bezirksgruppe Ord wurde die Bezirksgruppe LEA. Später hatte ein einzelner Herr die

Idee, dass Bürgernähe nur durch Dezentralisierung hergestellt werden könne. Er fand dafür Mehrheiten. So begab es sich, dass die Meldestellen im Jahre 2001 in die Bezirke ausgegliedert wurden – in die jetzigen Bürgerämter.

Im Jahr 2005 ist aus dem Landeseinwohneramt das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) hervorgegangen. Anlass für die Umbenennung war die Reorganisation der Landesämter im Geschäftsbereich der Senatsverwaltungen für Inneres und Verkehr. Diese Umstrukturierungen fanden aufgrund der vom Senat beschlossenen Personaleinsparungen in Höhe von 20% statt. Damit wurde auch aus der Bezirksgruppe LEA die Bezirksgruppe LABO. Im gleichen Jahr bekamen die Bezirke

noch etwas Zuwachs, da man sich im Zuge von Umstrukturierungen in der Polizei dazu entschlossen hatte, die Kolleginnen und Kollegen der Parkraumbewirtschaftung ebenfalls in die Bezirke auszugliedern: die Geburtsstunde unserer heutigen Ordnungsämter. Genauso wie die Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen Meldestellen, die man jetzt an die Bezirke gegeben hatte, kamen die GdP-Mitglieder aus diesen Bereichen in unsere Bezirksgruppe LABO, da sie Ordnungsaufgaben wahrnehmen.

Die Folge war, dass unsere Bezirksgruppe letztlich die Zuständigkeit für zwölf Bezirks- und Ordnungsämter sowie das LABO und seit 2020 auch für das neu geschaffene LEA (Landesamt für Einwanderung), die ehemalige Ausländerbehörde des LABO, innehatte. Auch wenn die Abkürzung LABO sicher auch die Bürger- und Ordnungsaufgaben in sich trägt, haben wir uns als Vorstand entschieden, einen Namen zu finden, bei dem sich letztlich alle Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die des Landesamtes, wiederfinden.

Unser Vorschlag wurde auf unserem GdP-Landesdelegiertentag angenommen und die Namensänderung folglich im § 3 der Zusatzbestimmungen manifestiert. So tragen wir jetzt den Namen Bezirksgruppe BüO, bleiben aber auch so Dein Ansprechpartner, sofern Du Deinen Dienst im LABO, LEA, den Bezirks- und Ordnungsämtern versiehst. Das gilt dann im Übrigen auch für zu erwartende neue Konstrukte aus unseren Bereichen, falls mal wieder jemand auf die Idee kommt, irgendetwas umzustrukturieren. ■



Foto: privat



Foto: CandyPatPictures

» Landeschef Stephan Weh Ende Juli via Tagesspiegel

Die Bußgeldstelle ist die Goldkammer des Landes Berlin, weil sich hier jede Menge Geld einnehmen lässt, das dann in die Bezirke fließt. Vielleicht sollte das genug Ansporn sein, um die Kollegen auch endlich mal mit einer technischen Infrastruktur auszustatten, die den Anforderungen und Möglichkeiten des Jahres 2022 gerecht wird, damit sie effektiver arbeiten können.



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir 3 (Ost)

Wann: Donnerstag, 22. September, 16 Uhr.
Wo: Polizeikantine, Märkische Allee 174, 12681 Berlin.

Dir 5

Wann: Dienstag, 27. September, 16 Uhr.
Wo: Biertempel 2, Boelckestraße 28, 12101 Berlin.

LPD/PPr/ZS

Wann: Mittwoch, 7. September, 16 Uhr.
Wo: Geschäftsstelle der GdP, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Liebe Mitglieder der Bezirksgruppe LPD/PPr/ZS,

viele von uns haben seit dem Beginn der Pandemie harte Veränderungen in ihrem Leben, ihrer Gesundheit und im Beruf erfahren müssen. Auch in der gebotenen Neutralität einer Betrachtung des politischen Weltgeschehens kann man derzeit an eine Grenze kommen. Mit einem winzigen Stück ehemaliger Normalität möchte ich euch zu einem Grillnachmittag am Donnerstag, 15. September 2022, in 10557 Berlin, Kruppstraße 2, ab 15 Uhr, einladen. Die Terrasse der Kegelhalle bietet für einen kurzen Moment ein Innehalten in unserer täglichen Hast. Es wird keine Tagesordnungspunkte geben, nur das gesellige Beisammensein.

Ich würde mich sehr freuen, wenn zahlreiche Anmeldungen bis zum 6. September 2022 eingehen würden. Nutzt für die Anmeldungen bitte das Mail-Postfach:

LPD-PPr-ZS@gdp-berlin.de bzw. simone.fuchs@polizei.berlin.de. Mitglieder ohne Internet melden sich bitte unter Tel.: (030) 4664600-802 an.

Gabriele Andert,
Bezirksgruppenvorsitzende

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 5. September, ab 13 Uhr.
Wo: Restaurant MAESTRAL, Eichborn-damm 236, 13437 Berlin.
Referent: Ein Mitglied der Seniorenvertretung Bezirk Reinickendorf.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 14. September, 15 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030)7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

Dir 5

Wann: Dienstag, 4. Oktober, 14 Uhr.
Wo: „Zum Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.
Info: Wahlveranstaltung des Seniorenvorstandes.
Kontakt: Renate Katzke, Tel.: (0173) 1685766.

LPD/PPr/ZS

Wann: Dienstag, 6. September, 16 Uhr.
Wo: Lokal „FRABEA“, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin-Wedding.
Info: Sitzung Seniorengruppe LPD/PPr/ZS.
Kontakt: Alberto Fournaux, Tel.: (030) 4651559.

PA

Wann: Dienstag, 27. September, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin (Lankwitz).
Bahnverbindung: S-Bahn Lankwitz oder

Lichterfelde-Ost, dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.

BüO

Wann: Mittwoch, 14. September, 15 Uhr.
Wo: Neuer Treffpunkt: Restaurant „Paracas II“, Friedrichstraße 12, 10969 Berlin.
Zu erreichen U1, U3, U6, Bhf. Hallesches Tor.
Kontakt: Rita Grätz, Tel.: (0171) 3895760 oder Astrid Schindler.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 28. September, 16-18 Uhr.
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin – alternativ digital.

Senioren

LKA

Wann: Dienstag, den 06.09.22, 14.00 Uhr
Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Str. 68, 12103 Berlin
Info: Versammlung
Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 030-7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel. 030-7451353

Redaktionsschluss für unsere Oktoberausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 3. September.

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: **MEDIRENTA** übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Abrechnungsvorgänge mit sämtlichen Kostenträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen.



Informieren Sie sich!

030 / 27 00 00

www.medirenta.de



Mit dem Code
SEPTEMBER10 sparst
du 10 % auf deine
erste Bestellung!



BEKLEIDUNG



AUSRÜSTUNG



SONSTIGES

PATCHES



RUCKSÄCKE & TASCHEN



So findest du uns:
Polzeimemesshop by
Gears & Patches GmbH
www.polzeimemesshop.de
[polzeimemesshop](https://www.instagram.com/polzeimemesshop)
team@polzeimemesshop.de